

Förderbekanntmachung



Gemeinsamer
Bundesausschuss
Innovationsausschuss

**des Innovationsausschusses beim
Gemeinsamen Bundesausschuss zur themen-
spezifischen Förderung von
Versorgungsforschung gemäß § 92a Absatz 2
Satz 1 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch
(SGB V): Forschungsprojekte zur Weiterentwick-
lung der Versorgung in der gesetzlichen Kran-
kenversicherung**

Vom 20. Oktober 2017

1 Förderzweck, Rechtsgrundlage

1.1 Förderzweck

Die Versorgung im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung muss kontinuierlich weiterentwickelt werden, um für alle Patientinnen und Patienten eine flächendeckende und gut erreichbare, bedarfsgerechte medizinische Versorgung auf hohem Niveau sicherzustellen. Besondere Herausforderungen hierbei sind u. a. die demografische Entwicklung, namentlich die Zunahme älterer und hochbetagter Patientinnen und Patienten mit chronischen und Mehrfacherkrankungen sowie Einschränkungen und Pflegebedürftigkeit. Weitere Herausforderungen liegen in der Umsetzung neuer Möglichkeiten der Behandlung im Versorgungsalltag und darin, eine sektorenübergreifende Versorgung einschließlich geeigneter Schnittstellen zu Prävention, Rehabilitation und Pflege zu ermöglichen. Zudem sind unterschiedliche Versorgungssituationen in Ballungsräumen, strukturschwachen Regionen und ländlichen Regionen zu berücksichtigen. Um die hierfür notwendigen Innovationen für die Versorgung zu entwickeln und zu erproben, hat der Gesetzgeber den Innovationsfonds geschaffen. Mit dem Innovationsfonds sollen sowohl neue Versorgungsformen als auch Versorgungsforschung gefördert werden.

Die Versorgungsforschung hat die Aufgabe, wissenschaftliche Grundlagen für Lösungen zur Gestaltung, Organisation und Finanzierbarkeit des Gesundheitswesens zu schaffen. Versorgungsforschung wird hier verstanden als die wissenschaftliche Untersuchung der Versorgung des Einzelnen und der Bevölkerung mit gesundheitsrelevanten Produkten und Dienstleistungen unter Alltagsbedingungen. Versorgungsforschung bezieht sich auf die Wirklichkeit der medizinischen Versorgung.

Ziel dieses Förderangebots ist es, Projekte im Bereich der Versorgungsforschung zu fördern, die auf einen Erkenntnisgewinn zur Weiterentwicklung der bestehenden Versorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung ausgerichtet sind und ein hohes Verwertungspotenzial für die Versorgungspraxis erkennen lassen. Die Forschungsprojekte sollen Erkenntnisse liefern, die vom Gemeinsamen Bundesausschuss in seine Richtlinien zur Gestaltung der Versorgung übernommen werden können oder dem Gesetzgeber als Grundlage für strukturelle Veränderungen des gesetzlichen Rahmens dienen können.

In dieser Förderwelle veröffentlicht der Innovationsausschuss eine themenspezifische Förderbekanntmachung (siehe Nummer 2). Eine Förderung von Projekten, deren konzeptioneller Ansatz bereits Gegenstand von anderen durch den Innovationsausschuss geförderten Projekten ist, ist nicht vorgesehen.

Eine Übersicht über die geförderten Projekte ist auf der Internetseite des Innovationsausschusses veröffentlicht: <https://innovationsfonds.g-ba.de/projekte/>

Der Innovationsausschuss hat zeitgleich zur vorliegenden Förderbekanntmachung weitere Förderbekanntmachungen zur themenspezifischen Förderung von neuen Versorgungsformen zur Weiterentwicklung der Versorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung (§ 92a Absatz 1 SGB V), zur Förderung von wissenschaftlichen Begleitungen von bestehenden Selektivverträgen nach §§ 73c und 140a SGB V in der am 22. Juli 2015 geltenden Fassung (§ 92a Absatz 2 Satz 3 SGB V) sowie zur Weiterentwicklung und insbesondere Evaluation von Richtlinien des Gemeinsamen Bundesausschusses (§ 92a Absatz 2 Satz 5 SGB V) veröffentlicht:

- https://innovationsfonds.g-ba.de/downloads/media/73/2017-10-20_Foerderbekanntmachung_NVF_2018.pdf
- https://innovationsfonds.g-ba.de/downloads/media/75/2017-10-20_Foerderbekanntmachung_EVA_Selektiv_2018.pdf
- https://innovationsfonds.g-ba.de/downloads/media/76/2017-10-20_Foerderbekanntmachung_EVA_Richtlinie_2018.pdf

1.2 Rechtsgrundlage

Der Innovationsausschuss beim Gemeinsamen Bundesausschuss gewährt Mittel zur Förderung der Versorgungsforschung auf der Grundlage der §§ 92a und 92b SGB V. Die Förderung erfolgt unter Berücksichtigung der weiteren Vorschriften des SGB V, der Vorschriften zum Verwaltungsverfahrensgesetz gemäß dem Zehnten Buches Sozialgesetzbuch (SGB X), der Verfahrensordnung des Innovationsausschusses (<https://innovationsfonds.g-ba.de/innovationsausschuss/verfo/>) sowie in entsprechender Anwendung der Verordnung über das Haushaltswesen in der Sozialversicherung (SVHV), insbesondere § 17 SVHV. Zudem gilt das Wirtschaftlichkeitsgebot gemäß § 12 SGB V.

Soweit wirtschaftlich tätige Antragsteller gefördert werden, erfüllt die Förderung nach dieser Förderbekanntmachung die Voraussetzungen der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der EU-Kommission vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union („Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung“ – AGVO, ABl. L 187 vom 26.06.2014, S. 1) und ist demnach im Sinne von Artikel 107 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union mit dem Binnenmarkt vereinbar und von der Anmeldepflicht nach Artikel 108 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union freigestellt.

Einem Unternehmen, das einer Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt nicht nachgekommen ist, dürfen gemäß Artikel 1 Nummer 4 Buchstabe a und b AGVO keine Einzelbeihilfen gegeben werden.

Ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Förderung besteht nicht. Der Innovationsausschuss beim Gemeinsamen Bundesausschuss entscheidet nach pflichtgemäßem Ermessen im Rahmen der jährlich verfügbaren Fördermittel.

2 Gegenstand der Förderung

Es werden Forschungsprojekte gefördert, die auf einen Erkenntnisgewinn zur Verbesserung der bestehenden Versorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung ausgerichtet sind.

Die Forschungsprojekte müssen sich auf eines der nachfolgenden Themenfelder beziehen. Dabei ist zu beachten, dass übergreifend und für alle Themenfelder besondere Projektstrukturen und -elemente vorgesehen werden können. Hierzu zählen u. a. Elemente der Digitalisierung oder Patient-Empowerment-Strukturen. Es wird eine angemessene Berücksichtigung von geschlechts- und altersgruppenspezifischen Aspekten ebenso erwartet wie die angemessene Einbindung von Fragestellungen zur Versorgung von Menschen mit Migrationshintergrund sowie sozial benachteiligter Gruppen.

Themenfeld 1: Besondere Versorgungssituationen

a) Versorgung von Menschen mit chronischen Erkrankungen und/oder Multimorbidität

In diesem Themenfeld sollen Forschungsprojekte gefördert werden, die die aktuelle Versorgungssituation analysieren und darauf aufbauend Vorschläge zur Weiterentwicklung der Versorgung für diese Patientengruppen ausweisen. Fragestellungen dabei können sein: Welche Faktoren beeinflussen den Behandlungserfolg? Welchen Risiken sind diese Patienten ausgesetzt? Welche Bedeutung haben in diesem Kontext unterschiedliche Versorgungsformen, wie z. B. strukturierte Behandlungsprogramme? Wie kann beispielsweise der Vielzahl neuer Behandlungsformen, der steigenden Überlebenschancen und damit der zunehmenden Chronifizierung u. a. auch onkologischer Erkrankungen Rechnung getragen werden?

b) Versorgung von geriatrischen Patienten

In diesem Themenfeld sollen Forschungsprojekte gefördert werden, die die aktuelle Versorgungs- und Behandlungssituation analysieren und Entwicklungsmöglichkeiten des Versorgungssystems für den Bereich der Geriatrie aufzeigen. Die Versorgung geriatrischer Patienten stellt u. a. besondere Anforderungen an unterschiedliche an der Versorgung beteiligte Berufsgruppen und an deren Zusammenarbeit. Entsprechend sollen hier Konzepte aufgezeigt werden, die der besonderen Versorgungs- und Betreuungspraxis mit diesen speziellen Anforderungen gerecht werden.

c) Versorgung von Menschen mit Behinderungen

In diesem Themenfeld sollen Forschungsprojekte gefördert werden, die die aktuelle Versorgungssituation von Menschen mit Behinderungen analysieren und Vorschläge zur Weiterentwicklung der Versorgung im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) ausweisen. Dabei sollen die Möglichkeiten des Zugangs zu der Versorgung sowie Probleme und besondere Herausforderungen im Zusammenhang mit den unterschiedlichen Versorgungsformen beleuchtet werden.

Themenfeld 2: Entwicklung von Versorgungsstrukturen und -konzepten

a) Zusammenarbeit von ärztlichem und nicht-ärztlichem Gesundheitspersonal

In diesem Themenfeld sollen Forschungsprojekte gefördert werden, die den Schwerpunkt auf die (Weiter-)Entwicklung und Stärkung von Konzepten für die Zusammenarbeit von ärztlichem und nicht-ärztlichem Gesundheitspersonal legen.

b) Modelle zur Stärkung der Krankenpflege

In diesem Themenfeld sollen innovative Konzepte und Modelle für eine umfassende multiprofessionelle pflegerische Versorgung im ambulanten und stationären Bereich unter besonderer Berücksichtigung der Patientenperspektive gefördert werden. Dies schließt die Entwicklung und Erprobung von Instrumenten zur Messung der Pflegequalität ein.

c) Nutzbarkeit lernender Algorithmen

In diesem Themenfeld sollen Forschungsprojekte gefördert werden, die an konkreten longitudinalen Krankheitsverläufen praktisch einsetzbare Methoden entwi-

ckeln, mit denen Prognosen und Behandlungshinweise generiert werden, um frühzeitig Risiken zu erkennen und diese proaktiv zu beeinflussen. Ebenfalls möglich sind hier Forschungsprojekte zur Optimierung der Differentialdiagnostik unter Verwendung von IT-basierter Unterstützung für ärztliche Behandlungen. Ebenso möglich sind hier Ansätze mit dem Ziel, vorhandene Forschungsdaten so zusammenzuführen, dass unter Nutzung von Data-Linkage-Modellen die Weiterentwicklung der Behandlungssituation ermöglicht wird.

d) Behandlungsoptionen bei Resistenzen

In diesem Themenfeld sollen Forschungsprojekte gefördert werden, die nicht nur die Ursachen der zunehmenden Resistenzentwicklung weiter analysieren, sondern auch gezielte Strategien und gegebenenfalls Alternativen entwickeln und anwenden, um dieser Problematik nachhaltig zu begegnen.

Auch wenn z. B. Antibiotika nach wie vor als wirksamstes Mittel gegen bakterielle Infektionen gelten, gilt es vor dem Hintergrund voranschreitender Antibiotika-Resistenzen, andere Wege und Ansätze zur Bekämpfung von Infektionen bakteriellen Ursprungs zu beleuchten.

Themenfeld 3: Patientensicherheit, Qualitätssicherung und -förderung

a) Verbesserung der Patientensicherheit

In diesem Themenfeld sollen Forschungsprojekte gefördert werden, die sich mit Stand, Entwicklung und Erprobung von Konzepten zur Steigerung der Patientensicherheit befassen. In diesem Kontext sind insbesondere folgende Forschungsprojekte denkbar:

- Patientensicherheit im ambulanten Bereich, z. B. in der allgemeinmedizinischen Versorgung,
- Entwicklung und Erprobung von Maßnahmen zur Verbesserung der Diagnosesicherheit,
- Patientensicherheit in der Hilfsmittelversorgung, u. a. Verbesserung der Erkenntnislage in der Versorgungspraxis, beispielsweise bei der Einweisung der Patientinnen und Patienten in die sichere Verwendung von Hilfsmitteln,
- Nutzen und Risiken zum Einsatz von Mobile Health (mHealth) und den daraus gewonnenen Erkenntnissen zur Verbesserung der Patientensicherheit (Evidenzgenerierung zum Niveau der Patientensicherheit sowie vergleichende Analyse bereits vorhandener mobiler Anwendungen in Bezug auf deren Auswirkungen auf die Patientensicherheit).

b) Nachhaltige Qualitätsförderung

In diesem Themenfeld sollen Forschungsprojekte gefördert werden, die die unterschiedlichen Ansätze/Maßnahmen der Qualitätssicherung/Qualitätsverbesserung im Hinblick auf ihren Nutzen (patientenrelevante Outcomes), ihren generellen Impact und ihren Ressourcenbedarf analysieren und darauf aufbauend, im Sinne einer evaluierten Qualitätsförderung und Implementationsforschung, geeignete Vorschläge zur Weiterentwicklung der Qualitätssicherung unterbreiten. Dies schließt auch die Betrachtung unterschiedlicher Anwendungsbereiche sowie die Prüfung und Bewertung des Zusammenwirkens einzelner Qualitätssicherungsmaßnahmen mit ein.

c) Bedarfsgerechte Versorgung

Um der Problematik der Über-, Unter- und Fehlversorgung zu begegnen, sollen in diesem Themenfeld Forschungsprojekte zur Ursachenanalyse und zur Entwicklung geeigneter Lösungsansätze für eine bedarfsgerechte Versorgung gefördert werden. Dabei sind u. a. Forschungsprojekte denkbar, die sich befassen mit:

- Analyse der Ursachen und Entwicklung von Ansätzen zum Abbau von Praxisvariationen in der Versorgung,
- Analyse von Problemen im gesamten Versorgungsprozess, die sich in vermeidbaren Krankenhausaufnahmen niederschlagen,
- Analysen zur bedarfsgerechten und wirtschaftlichen Versorgung bei Vorhandensein mehrerer Behandlungsalternativen,
- Ansätzen und Prozessen zur Verbesserung der Implementierung von Leitlinien und Sicherstellung der Anwendung evidenzbasierter Medizin im Behandlungsalltag bzw. in der Patientenversorgung,
- der Verbesserung der Erkenntnisgrundlage für versorgungsstrukturierende Ansätze (z. B. für Qualitätssicherungs- und -managementverfahren, Behandlungsleitlinien, strukturierte Behandlungspfade),
- neuen Ansätzen für zielgerichtete Therapieentscheidungen (z. B. Klug-Entscheiden-Initiativen sowie Entwicklung und Evaluation von Ansätzen zur Desimplementierung von nicht empfohlenen medizinischen Vorgehensweisen),
- Ansätze und Prozesse zur Patientenbeteiligung (shared-decision-making, informierte Entscheidung, Gesundheitskompetenz),
- der Evaluierung von Beratung im medizinischen Behandlungskontext (Priorität einer patientenorientierten Beratung vor Einsatz invasiver Methoden) sowie
- der Entwicklung von Methoden zur Messung einer bedarfsgerechten und ökonomisch sinnvollen Versorgung.

d) Transfer neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse, Diffusion des medizinischen Fortschritts in die Regelversorgung

In diesem Themenfeld sollen Forschungsprojekte gefördert werden, die das Ziel haben, die Übertragung und sinnvolle Verbreitung des Wissens und des medizinischen Fortschritts in den ambulanten und stationären Versorgungsalltag zu beschleunigen und in der Anwendung zu implementieren. Hierbei sind insbesondere Fragestellungen denkbar, die sich mit den Themenfeldern befassen:

- Transfer (Übertragung) neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Versorgungspraxis,
- Verbreitung (Diffusion) des medizinischen Fortschritts in der Regelversorgung und damit in die versorgungspraktische Anwendung.

Themenfeld 4: Messung der Ergebnisqualität

In diesem Themenfeld sollen Forschungsprojekte gefördert werden, die die Messung der Ergebnisqualität und die Weiterentwicklung von Messmethoden zum Ziel haben. Dabei liegt der Fokus auf dem Ergebnis einer einzelnen Behandlung, der gegebenenfalls multimodalen Behandlung einer Erkrankung oder der Behandlung einer Patientengruppe. Insbesondere sollen Methoden zur Messung von patient reported outcomes, zur Messung von langfristigen Behandlungserfolgen sowie Einsatz und Verknüpfung von Routinedaten untersucht werden.

Nicht gefördert werden insbesondere:

- Projekte, an deren Ergebnisse Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft ein unmittelbares wirtschaftliches Interesse haben;
- klinische Studien zum Wirksamkeitsnachweis (efficacy) von Arzneimitteln, Medizinprodukten, Behandlungen und operativen Verfahren;
- Studien im Kontext eines Konformitätsbewertungsverfahrens für Medizinprodukte bzw. einer Leistungsbewertungsprüfung für In-vitro-Diagnostika;
- Studien zur frühen Nutzenbewertung gemäß dem Gesetz zur Neuordnung des Arzneimittelmarkts (AMNOG);
- Studien zur Erprobung einer neuen Untersuchungs- und Behandlungsmethode nach § 137e SGB V;
- Forschung und Entwicklung zu Produktinnovationen;
- separate Metaanalysen und Reviews, die nicht Teil eines darauf aufbauenden Forschungsprojekts sind;
- Projekte, die zum Zeitpunkt der Antragstellung bereits aus öffentlichen Mitteln gefördert werden.

3 Förderempfänger

Antragsberechtigt sind insbesondere staatliche und nicht-staatliche Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen.

4 Förderkriterien

4.1 Verbesserung der Versorgung

Das beantragte Forschungsprojekt muss auf einen Erkenntnisgewinn zur Verbesserung der bestehenden Versorgung ausgerichtet sein im Hinblick auf:

- konkrete Verbesserung der Versorgungsqualität und/oder Versorgungseffizienz,
- Behebung von Versorgungsdefiziten in der gesetzlichen Krankenversicherung,
- besondere Nähe zur praktischen Patientenversorgung.

Der Beitrag zur Verbesserung der Versorgung ist plausibel darzulegen.

4.2 Qualifikation und Vorerfahrung der Antragsteller

Die Antragsteller müssen einschlägige Erfahrungen und Vorarbeiten in der Versorgungsforschung sowie den jeweiligen zu bearbeitenden Fragestellungen vorweisen. Diese sind durch entsprechende Publikationen nachzuweisen. Die für die Zielerreichung des beantragten Projekts erforderlichen Partner in Wissenschaft und Praxis sind bereits bei der Erstellung des Projektantrags zu beteiligen.

4.3 Methodische und wissenschaftliche Qualität

Voraussetzung für die Förderung ist die hohe methodische und wissenschaftliche Qualität des beantragten Forschungsprojekts. Das Vorhandensein der hierfür erforderlichen Kompetenzen und Ressourcen muss im Antrag belegt werden. Bei der Projektplanung muss der national und international vorhandene Stand der Forschung adäquat berücksichtigt werden. Bei multizentrischen Studien sind funktionierende Organisationsstrukturen wie z. B. ein koordinierendes Projektmanagement und Maßnahmen zur Qualitätssicherung erforderlich.

4.4 Verwertungspotenzial

Die zu erwartenden Ergebnisse müssen ein hohes Verwertungspotenzial aufweisen. Sie müssen für die Analyse und/oder Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung von Versicherten, zur Weiterentwicklung der klinischen Praxis und/oder zu strukturellen und organisatorischen Verbesserungen genutzt werden können. Die geplante Verwertung, der Transfer der Ergebnisse in die Praxis sowie Strategien zur nachhaltigen Umsetzung müssen bereits in der Konzeption des beantragten Projekts adressiert und auf struktureller und prozessualer Ebene beschrieben werden.

4.5 Machbarkeit des Projekts in der Laufzeit

Die für die Erreichung der Projektziele und zur Umsetzung des Projekts gegebenenfalls notwendigen Partner müssen benannt werden, sofern dem nicht zwingende Gründe (z. B. vergaberechtliche Anforderungen) entgegenstehen. Der Arbeits-, Zeit- und Meilensteinplan muss realistisch und in der Laufzeit des Projekts durchführbar sein. Die Erreichbarkeit angestrebter Fallzahlen muss im Antrag plausibel dargelegt werden. Strukturen und Prozesse des Projekts sind zu beschreiben.

4.6 Angemessenheit der Ressourcen- und Finanzplanung

Die beantragten Mittel zur Projektdurchführung müssen angemessen und notwendig sein.

5 Fördervoraussetzungen

5.1 Datenschutzrechtliche Standards

Die Antragsteller sind verpflichtet, einschlägige datenschutzrechtliche Bestimmungen einzuhalten.

5.2 Ethische und wissenschaftliche Standards

Die Antragsteller sind verpflichtet, ethische und wissenschaftliche Standards einzuhalten. Die entsprechenden Standards sind im Leitfaden zu dieser Förderbekanntmachung näher spezifiziert:

https://innovationsfonds.g-ba.de/downloads/media/78/2017-10-20_Leitfaden_VSF_2018.pdf

5.3 Elektronische Anwendungen/Interoperabilität

Bei Verwendung von elektronischen Anwendungen sind die Regelungen zum Interoperabilitätsverzeichnis nach § 291e Absatz 10 SGB V sowie für das Projekt relevante Festlegungen nach § 291d SGB V zu berücksichtigen. Die Kompatibilität mit der Telematikinfrastruktur sowie der Einsatz anwendungsbezogener offener Schnittstellen ist zu gewährleisten. Weitere Erläuterungen sind dem Leitfaden (https://innovationsfonds.g-ba.de/downloads/media/78/2017-10-20_Leitfaden_VSF_2018.pdf) zu dieser Förderbekanntmachung zu entnehmen.

5.4 Zugänglichkeit und langfristige Sicherung von Forschungsdaten und -ergebnissen

Die Antragsteller sind verpflichtet, eine umfassende Transparenz in der Berichterstattung sicherzustellen. Hierzu gehört eine ergebnisunabhängige Publikation. Die Forschungsergebnisse, die im Rahmen dieser Förderung entstehen, sollen möglichst als Open-Access-Veröffentlichung publiziert werden. Forschungsdaten sollen (digital, unter Wahrung der Rechte Dritter, insbesondere Datenschutz, Urheberrecht) zur Nachnutzung bereitgestellt werden (siehe hierzu auch weitere Angaben in den Allgemeinen Nebenbestimmungen zu dieser Förderbekanntmachung).

5.5 Evaluierende Maßnahmen

Die Förderempfänger sind verpflichtet, sich an möglichen übergreifenden evaluierenden Maßnahmen zu beteiligen und Informationen für die Bewertung des Erfolgs der Förderung im Rahmen des Innovationsfonds bereitzustellen.

Entsprechende Eigenerklärungen der Antragsteller sind dem Antrag beizufügen.

6 Art, Umfang und Höhe der Förderung

Die Förderungen können im Wege einer Projektförderung als Zuwendungen in Form nicht rückzahlbarer Zuschüsse gewährt werden.

Projekte können in der Regel für einen Zeitraum von bis zu drei Jahren gefördert werden.

Förderfähig ist der projektbedingte Mehraufwand, wie Personal- und Sachmittel (u. a. Verbrauchs- und Reisemittel), die nicht der Grundausstattung des Antragstellers zuzurechnen sind. Weiterhin sind Ausgaben förderfähig, die unmittelbar für die Umsetzung des Forschungsprojekts unabdingbar und wirtschaftlich im Verhältnis zu dem geförderten Versorgungsforschungsprojekt sind.

Zur Deckung der mit dem Förderzweck zusammenhängenden Ausgaben für Infrastrukturleistungen können pauschal bis zu 25 % der beantragten Personalausgaben geltend gemacht werden.

Bemessungsgrundlage sind die förderfähigen projektbezogenen Ausgaben, die individuell bis zu 100 % gefördert werden können.

7 Sonstige Förderbestimmungen

Die zum Förderbescheid verpflichtenden Bestimmungen sind in den Allgemeinen Nebenbestimmungen niedergelegt:

https://innovationsfonds.g-ba.de/downloads/media/89/2017-10-20_ANBest-IF.pdf

Der Innovationsausschuss kann im Förderbescheid Ausnahmen von den Allgemeinen Nebenbestimmungen erlassen und weitere besondere Nebenbestimmungen individuell festlegen.

Im Übrigen gelten für die Bewilligung und Auszahlung sowie den Nachweis und die Prüfung der Verwendung der Förderung die Verfahrensordnung des Innovationsausschusses sowie die Regelungen des SGB X (§§ 31 ff.). Diese Regelungen finden auch bei einer gegebenenfalls erforderlichen Aufhebung des Förderbescheids oder bei Rückforderung der gewährten Förderung Anwendung.

8 Verfahren

8.1 Einschaltung eines Projektträgers, Antragsunterlagen und sonstige Unterlagen

Mit der Abwicklung der Fördermaßnahme hat der Innovationsausschuss folgenden Projektträger beauftragt:

DLR Projektträger
– Bereich Gesundheit –
Heinrich-Konen-Straße 1
53227 Bonn
Telefon: 0228-3821-1210
Telefax: 0228-3821-1257
Internet: www.dlr-pt.de
E-Mail: innovationsfonds-versorgungsforschung@dlr.de

Beratungs-Hotline für die Antragstellung: 0228-3821-1020

Es wird empfohlen, zur Beratung mit dem Projektträger Kontakt aufzunehmen. Weitere Informationen und Erläuterungen sind dort erhältlich.

8.2 Angebot einer Informationsveranstaltung

Förderinteressenten wird die Möglichkeit geboten, an einer Informationsveranstaltung in Form eines Web-Seminars teilzunehmen. In diesem Seminar werden der Inhalt der Förderbekanntmachung sowie Prozess und Verfahren der Antragstellung erläutert. Informationen zu diesem Web-Seminar sind online hier erhältlich:

https://innovationsfonds.g-ba.de/downloads/media/92/2017-10-20_Ankuendigung_Webinar_VSF_2018.pdf

8.3 Bewertungsverfahren

Die vollständigen Anträge sind dem Projektträger

bis spätestens 20. Februar 2018, 12.00 Uhr

in elektronischer Form vorzulegen. Der Antrag wird durch die vorgesehene Gesamtprojektleitung eingereicht.

Die Einreichung erfolgt elektronisch über das Internet-Portal (https://secure.pt-dlr.de/ptoutline/app/vsf1_2018). Dort ist ein Datenblatt hinterlegt, in dem insbesondere die Gesamtprojektleitung sowie weitere Projektbeteiligte zu benennen sind. Des Weiteren ist dort eine Kurzbeschreibung des Projekts zu erstellen und der Antrag elektronisch zu übermitteln. Eine genauere Anleitung findet sich im Portal. Eine Vorlage per E-Mail oder Telefax ist nicht möglich.

Anträge, die nach dem oben angegebenen Zeitpunkt eingehen, können in der Regel nicht mehr berücksichtigt werden. Verbindliche Anforderungen an Anträge sind in dem Leitfaden zu dieser Förderbekanntmachung niedergelegt:

https://innovationsfonds.g-ba.de/downloads/media/78/2017-10-20_Leitfaden_VSF_2018.pdf

Anträge, die den in dieser Förderbekanntmachung oder im Leitfaden dargestellten Anforderungen nicht genügen, können ohne weitere Prüfung abgelehnt werden. Dabei darf für die Anträge ein Umfang von **maximal 20 DIN-A4-Seiten** (Arial, Schriftgrad 11, 1,5-zeilig) zuzüglich Anlagen nicht überschritten werden.

Die eingegangenen Anträge müssen den Gegenstand der Förderung (siehe Nummer 2) und die Fördervoraussetzungen (siehe Nummer 5) erfüllen. Sie werden entsprechend der unter Nummer 4 benannten Kriterien unter Einbeziehung des Expertenbeirats des Innovationsausschusses bewertet. Nach abschließender Antragsprüfung entscheidet der Innovationsausschuss über die Förderung.

Das Bewertungsergebnis wird den Interessenten schriftlich mitgeteilt.

Es besteht kein Rechtsanspruch auf Rückgabe von eingereichten Anträgen und evtl. weiterer vorgelegter Unterlagen. Für die Erstellung der Anträge wird keine Aufwandsentschädigung gewährt.

9 Inkrafttreten

Die Förderbekanntmachung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im Internet auf den Internetseiten des Gemeinsamen Bundesausschusses am 20. Oktober 2017 in Kraft.

Berlin, den 20. Oktober 2017

Innovationsausschuss beim Gemeinsamen Bundesausschuss
gemäß § 92b SGB V
Der Vorsitzende

Prof. Hecken